

DEMOKRATIE

mit Schleife

oder: DAS VOLK HAT DAS LETZTE WORT

Wilfried Deiß

Die Demokratie befindet sich in einer Krise, nicht erst seit Atom-Laufzeitverlängerung und Stuttgart 21. Das Vertrauen in die demokratischen Systeme nimmt ab, die Wahlbeteiligung sinkt. Und wieder besteht die Gefahr, dass diese Unzufriedenheit zur Regression in autoritäre Systeme führt, während doch ein MEHR an Demokratie den komplexen Problemen der globalisierten Welt angemessen wäre. Auch in den am höchsten entwickelten Demokratien hat es in den letzten Jahrzehnten kaum eine Weiterentwicklung demokratischer Partizipation gegeben, obwohl dies technisch und organisatorisch ohne Weiteres möglich wäre.

.....

Während in anderen Teilen der Welt Menschen ihr Leben einsetzen, um politische Demokratie zu erlangen, lässt bei uns die Wahlbeteiligung weiter nach. Eine Mehrheit der Bevölkerung hat den Eindruck, trotz Demokratie und Wahlen, die wirklich entscheidenden Dinge nicht beeinflussen zu können. Und die Befragten haben, das ist das Schlimme daran, in weiten Teilen recht damit.



Die Mehrheit spürt nämlich, dass es nicht Politiker sind, von denen die wirklich wesentlichen Weichen gestellt werden.

Das hat selbstverständlich mit Macht zu tun, mit dem Verhältnis von Demokratie, Politik und Wirtschaft und dementsprechend mit der mangelnden demokratischen Kontrolle über Finanz- und Wirtschaftsprozesse.

Die Mehrheit der Bevölkerung hat diese demokratischen Defizite intuitiv erfasst und ist zu einem pessimistischen, resignierenden Urteil gekommen: Wir können doch sowieso nichts ändern.

Auch Politiker und Politikerinnen wissen um dieses Manko, es wird aber nur in den seltensten Fällen verbalisiert. Schließlich sind Politiker genau in diesem Umfeld groß geworden und aufgestiegen. Andererseits dürften auch Politiker unter ihren mangelnden Gestaltungsmöglichkeiten leiden. Was die Demokratie heute schafft, sind große Posten mit kleiner Macht. In gewisser Weise scheint die Akzeptanz der minimalen Gestaltungsmöglichkeiten geradezu die Voraussetzung für den politischen Aufstieg zu sein.

Wie kann dieser Teufelskreis durchbrochen werden? Worin liegt die Schwierigkeit, die Stagnation und Regression der Demokratie umzuwandeln in eine Entwicklung zu Mehr Demokratie?

Zwei entscheidende Ursachen liegen in der Struktur von Politik und

deren Akteuren selbst begründet: Hans-Dietrich Genscher hat ein wichtiges Grundprinzip politischen Handelns aufgezeigt: Voraussetzung für eine erfolgreiche politische Strategie ist, die genauen Ziele NICHT zu nennen. Offensichtlich bietet Offenheit und Ehrlichkeit zu viel Angriffsfläche für den politischen Gegner oder andere gegenläufige gesellschaftliche Kräfte.

Zweitens dürfen Politiker Fehler und Schwächen nicht zugeben, weil jeder Fehler als Versagen angesehen wird und sofort dem Gegner in die Hände spielt. Dabei weiß jeder Entscheidungsträger, dass eine gewisse Quote von suboptimalen Entscheidungen unvermeidlich zu erfolgreichem Management dazugehört. Die Lüge, die Täuschung und das Verschweigen sind also bei Politikern nicht etwa Charakterschwächen, sondern die VORAUSSETZUNG für erfolgreiches Agieren. Wird sich das jemals ändern?

Vielleicht. Ein Ansatz wäre, das Ständig-Stark-Sein-Müssen durch eine Kultur des Macht-durch-Schwäche-Zeigen zu ersetzen. Es wäre ein für Politiker untypisches Verhalten, für das nur starke Persönlichkeiten prädestiniert sind. Es ginge darum, die Machtspiele in den Hinterzimmern und Lobbys transparent werden zu lassen, und zwar nicht allein durch mutige Journalisten, sondern durch Politiker selbst. Stellen Sie sich vor, der die nächste Gesundheitsreform planende Minister bittet die Wähler öffentlich um Rat und Hilfe. Der Minister wendet sich an

die Bürger, weil sich bestimmte Entscheidungen nicht ohne aktuelles demokratisches Votum fällen lassen. Angenommen, die politischen Planungen sehen Maßnahmen zur Reduktion von Medikamentenkosten vor. Dazu gehört auch die eventuelle Notwendigkeit, sehr teure, aber wenig wirksame Medikamente oder Methoden, nicht mehr von der Solidargemeinschaft bezahlen zu lassen. Diese Frage zu Bejahen,



kann für den einzelnen Entscheidungsträger politischer Selbstmord sein. Solche Fragen müssen öffentlich diskutiert und entschieden werden. Der Staatsdiener neuen Stils macht Vorgänge in den Hinterzimmern der Macht transparent. Was ist in den Tagen nach dem Bekanntwerden der Pläne passiert? Welche Pharmakonzerne sind auf den Plan getreten? Wie viele Rechtsanwälte wurden gegen die Regierung positioniert? Welche Drohungen hat es gegeben, Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland zum Beispiel? Und wenn ja, von welchen Firmen? Wie haben die Ärzteverbände reagiert? Wie war die Reaktion der anderen Parteien? Wie haben sich die Patientenvertreter eingebracht? Der Minister neuen Stils fragt sein Volk: Wie würden Sie entscheiden? Wenn er sehr klug ist, macht er zunächst *keine* Vorschläge für die nächsten politischen Schritte, sondern lässt am Ende seines Redebeitrages die Fragen stehen. Das wird Irritation auslösen und beim politischen Gegner den Vom-Amt-Zurücktreten-Reflex. Aber es werden genau diese

Fragen sein, die mehr gesellschaftlichen Ruck auslösen können als jede Präsidentenrede. Ihr habt mich gewählt. Ich trage meine Verantwortung, aber ich kann manche Frage nur mit Einbeziehung der Bürger beantworten.

Das ist Motivation zur Demokratie durch ein Mehr an Transparenz und öffentliche Präsentation ungelöster Fragen. Entscheidungen müssen und können später fallen, wenn viele mitdenken. Irgendwann wird bewusst werden, ohne erhobenen Zeigefinger, dass Demokratie viel mehr ist als ein Kreuz auf Papier in Vierjahresabständen. In aller Regel wird es für jedes zu lösende Problem mehrere mögliche Lösungen geben. Von den möglichen Lösungen wird sich mit Wahrscheinlichkeit die als am tragfähigsten erweisen, die am stärksten demokratisch untermauert ist. Mit den heutigen Kommunikationsmöglichkeiten ist es ein Leichtes, auch zwischen den Wahlen das Volk zu befragen. Das persönliche Handy, das inzwischen fast jeder hat, kann zum digitalen Wahlschein werden.

Selbstverständlich können die Bürger nur zu ausgewählten Fragen einbezogen werden. Genauso wenig kann es den Bürgern überlassen werden, ganze Gesetze zu formulieren. Chaos und Unregierbarkeit könnten die Folge sein. Stattdessen geht es darum, eine demokratische Struktur für ausgewählte Entscheidungsprozesse zu finden, damit die Bürger zu bestimmten Fragen das letzte Wort haben. Wie das aussehen könnte, wird weiter unten dargestellt. Die Befragung wird so strukturiert, dass sich die Bürger zwischen zwei Möglichkeiten entscheiden können. Verfassungswidrige Antwort-Angebote wird es nicht geben. Und es reicht für repräsentative Befragungsergebnisse aus, einen Teil der Bürger zu befragen.

Verstehen wir Politiker neu, definieren wir sie neu: Wir wählen Sie, um die Probleme und Fragen zu sortieren, um Wege aufzuzeigen, um mögliche Problemlösungen anzubieten. Für diese strukturierte Vorbereitung wird ein Höchstmaß an Kompetenz benötigt, das uns dazu verleiten sollte, unsere fähigsten Köpfe in politische Ämter zu wählen. Dann aber, im letzten Schritt, bieten Politiker ihrem sie gewählt habenden Souverän die Entscheidung zwischen zwei gangbaren Möglichkeiten an. Diesen demokratischen Entscheidungsprozess mit Rückkoppelung zu strukturieren, das könnte DIE demokratische Aufgabe der Zukunft sein. Ich nenne es die REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE MIT SCHLEIFE.

Mehr Demokratie an einem Fallbeispiel



Ich möchte ein Beispiel anfügen, ein Paradebeispiel von aktuell bestehenden demokratischen Defiziten. Das Gesundheitsministerium plant derzeit eine Verbesserung der Kommunikation im Gesundheitswesen und hat dem Projekt den Titel „Elektronische Gesundheitskarte/Telematik im Gesundheitswesen“ gegeben. Dabei handelt es sich um ein IT-Projekt, das mindestens die finanzielle Größenordnung von Stuttgart 21 haben würde und aus Krankenversicherungsbeiträgen finanziert werden müsste. Es gibt bereits ein Gesetz, das die Einführung neuer Kommunikationsmedien vorschreibt. Nun geht es um die Umsetzung. Es gibt sehr unterschiedliche Möglichkeiten, die Kommunikation im Gesundheitswesen zu digitalisieren und effektiver zu machen. Aktuell ist hinter den Kulissen nur *ein* Projekt in Planung, und zwar ausgerechnet ein bundesweites Netzwerk, in dem persönliche Patientendaten in einem bundesweiten Computernetzwerk gespei-

chert werden sollen, bzw. ständig bundesweit abrufbar sein sollen. Die demokratische Öffentlichkeit ist über diese Pläne nicht ausreichend informiert. In der neu angedachten „Repräsentativen Demokratie mit Schleife“ würde das anders laufen: Politiker müssen mit Hilfe von kompetenten, möglichst praxistauglichen Ratgebern, mindestens zwei umsetzbare Projekt ausloten und diese dann der Öffentlichkeit zur Entscheidung vorlegen.

Praktisch könnte die demokratische SCHLEIFE so aussehen: Das Gesetzgebungsverfahren wird in einem Punkt geändert. Jedes Ministerium muss einmal pro Jahr exemplarisch EIN Gesetzgebungsverfahren mit zwei Gesetzesentwürfen versehen. Es sollte sich dabei um eine Frage von allgemein gesellschaftlicher Relevanz handeln, nicht um ein „Nischengesetz“. Beide Gesetzesentwürfe sollen sich relevant unterscheiden und sollen so geprüft sein, dass beide Versionen machbar sind. Die letzte Entscheidung fällen die Bürger. Sie entscheiden sich in einem Akt moderner Demokratie für die eine oder die andere Gesetzesvorlage und dieses Votum ist dann bindend. Der Wähler hat das letzte Wort, einmal pro Jahr für jedes einzelne Ministerium.

Da nun nicht alle Bürger mehrmals im Jahr an die Urnen gerufen werden können, wird für „Das letzte Wort“ der spezialisierte Wähler kreiert. Jeweils für ein Jahr sind die Wähler aufgerufen und eingeladen, sich um ein bestimmtes Politikfeld zu kümmern. Die Wähler mit den Anfangsbuchstaben der Nachnamen von A bis C um die Außenpolitik, von D bis F um die Justiz, von G bis I um die Finanzpolitik und so weiter. Jedes Jahr wird neu gemischt. Die in dieser Form zur demokratischen Beteiligung eingeladenen Bürger können sich auf elektronischem Wege für

Gesetzesvorlage 1 oder 2 entscheiden. Wer sich nicht interessiert, nimmt nicht teil. Es wird aber eine genügend große Teilnehmerzahl dabei sein, um ein statistisch signifikantes Votum zu erhalten. Wer sich zur demokratischen Beteiligung entschließt, kann endlich einmal das Gefühl haben: Das letzte Wort haben die Bürger.

Wohlgemerkt: Am allergrößten Teil der Gesetzgebungsverfahren ändert sich nichts, und das ist auch gut so. In einem kleinen, aber gesamtgesellschaftlich relevanten Teil kommt etwas in Bewegung: Die Bürger haben das letzte Wort und setzen ein Ausrufezeichen an das Ende der Entscheidungskette der repräsentativen Demokratie. Wir wählen eine kompetente Regierung, die den demokratischen Prozess effektiv vorbereitet.

Was tun, wenn wir eine Regierung gewählt haben, die dem Volk nur irrelevante Fragen vorlegt, oder bei der sich Gesetzesvorlage 1 und 2 nicht wirksam unterscheiden? Oder lässt sich die Regierung die Gesetzesvorlagen von der Wirtschaft schreiben? Dann haben wir eine schlechte, undemokratische Regierung gewählt, und sollten dringend in 4 Jahren anders entscheiden.



Was kann schiefgehen? Nicht viel, denn der allergrößte Teil der Gesetzgebungsverfahren bleibt unverändert. Aber es kann ein Prozess ins Rollen kommen, der lebendige De-

mokratie reifen lassen kann. Das „wiedererweckte“ Volk kann möglicherweise noch in anderen Bereichen klarer sehen und seine eigene Macht spüren: Auch jede einzelne alltägliche Kaufentscheidung, jede Kontoeröffnung oder jede Geldanlage kann ein Akt der Demokratie sein. Zumindest dann, wenn deutlich wird, dass die Menge an Geld oder die Höhe des Zinses oder die Tiefe des Preises nicht mehr die einzigen Kriterien des Wirtschaftslebens sind, sondern wieder das Kriterium Sinn ins Blickfeld rückt.

Auf diese Weise könnten die Bürger die Diskrepanzen zwischen Demokratie, Politik und Wirtschaft überbrücken. Dann stellt sich auch nicht mehr die Frage, ob Freiheit für die Wirtschaft oder mehr staatliche Kontrolle der beste Weg ist. Ersteres hat sich als destabilisierend erwiesen, zu Letzterem wollen und können wir nicht zurück, denn eine Keynes- und Ludwig-Erhard-Romantik funktioniert nicht mehr in der heutigen Zeit. Mit Schleife werden nach und nach neue Gesetze entstehen, die in letzter Instanz von den Bürgern beschlossen worden sind. Zuerst aber kommt die Bewegung von unten, das Bedürfnis nach Demokratie. Für den Beginn dieses Weges zu noch mehr Demokratie können Politiker nicht mehr und nicht weniger beitragen als die Macht der Schwäche und die Kraft der Transparenz.

	Zum Autor Wilfried Deiß Internist/Hausarzt
	Jahrgang 1960 Praxis seit Oktober 1997. attac Siegen. IPPNW Siegen.
	